



Friedhelm Hengsbach SJ

Ein weltwirtschaftlicher Neustart – ohne Finanzkapitalismus

**Oswald von Nell-Breuning Institut
für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik**

Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt/Main, Germany
Tel. 0049 (0) 69-6061-369, Fax -559
eMail: nbi@sankt-georgen.de
web: www.sankt-georgen.de/nbi

„Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“, forderte 1997 der damalige Bundespräsident Herzog. Dieser Ruck geht zehn Jahre später nicht nur durch Deutschland, sondern durch die Welt –anders jedoch, als Roman Herzog ihn sich vorgestellt hat. Diejenigen, die 30 Jahre lang das Vertrauen in die Steuerungskraft der Märkte gepredigt und den schlanken Staat als den besten aller möglichen Staaten angehimmelt haben, glauben ruckartig nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes und rufen nach dem Staat als ihrem einzigen Retter.

1. Eine beispiellose Krise

Manche sprechen von einer säkular beispiellosen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die herausragende Dimension dieser Krise ist unbestritten. Gleichwohl hat es in den letzten 30 Jahren sieben Finanzkrisen gegeben. In den 1970er Jahren sorgten die Wechselkursschwankungen für massive Turbulenzen in den betroffenen Währungsgebieten. Zahlreiche Schwellenländer haben sich in den 1980er Jahren unter der Last einer untragbaren Auslandsverschuldung als zahlungsunfähig erklärt. Anfang der 1990er Jahre wurde Japan von einer Immobilien-, Banken- und Währungskrise heimgesucht. 1997 lösten spekulative Währungsattacken gegen den thailändischen Bath massive Kapitalabflüsse aus vier asiatischen Ländern aus, denen ein dramatischer Einbruch des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung folgte. Die folgende Krise war mit der Euphorie der „Neuen Wirtschaft“ verbunden. Junge Unternehmer, die mit der elektronischen Technik vertraut waren, hatten eine Börseneuphorie ausgelöst, die ein ungewöhnliches reales Wirtschaftswachstum zuerst in den USA und dann in Europa nach sich zog. Im Jahr 2000 platzte die Spekulationsblase. Im ersten Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende blieb die Immobilien- und Hypothekenkrise in den USA nicht auf das Leitwährungsland begrenzt. Sie ist inzwischen zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ausgewuchert. Als deren Referenzwert gelten die Aufkündigung des Bretton-Woods Währungssystems 1973 oder der Zusammenbruch der Börsen 1929 mit der folgenden Wirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre. Allerdings kommen zwei weitere Referenzwerte der deutschen Geschichte in die engere Wahl, nämlich die Währungsreform von 1948 und der Fall der Mauer 1989.

2009 steht die Weltgesellschaft fassungslos dem Ausmaß der Finanzkrise gegenüber. Anfang des Jahres versammelten sich die wirtschaftlichen und politischen Welteliten in Davos, um über die „Neugestaltung der Weltwirtschaft“ zu diskutieren. Die Teilnehmer vermittelten einen äußerst ratlosen Eindruck. Anfang März rief attac in Berlin zu einem Kongress auf, der unter dem Motto: „Capitalism [exit] now“ 2500 Menschen aller Altersklassen versammelte. Trotz eines breiten Spektrums von Diagnosen und Lösungsangeboten überwogen die Wut über das Versagen der Finanzmärkte, das Gefühl eigener Ohnmacht und die Ratlosigkeit, welche politische Option nun zu wählen sei.

2. Finanzexperten auf Fehlersuche

„Die Banken haben Fehler gemacht, sicher“. So erklärte Klaus-Peter Müller, der frühere Chef der Commerzbank in einem Interview. Den gleichen Satz hat er vor fünf Jahren verlauten lassen. Welche Fehler das seien, hat er nicht gesagt. Allerdings

verortet er die eigentliche Ursache der Krise im doppelten Staatsversagen. Alan Greenspan hätte nach der Spekulationsblase der 90er Jahre nicht eine derart lockere Geldpolitik betreiben sollen. Und die Bush-Regierung hätte die Lehmann-Brothers Bank nicht fallen lassen dürfen. Ohne den Zusammenbruch dieser Bank hätte die Commerzbank gute Zahlen geschrieben.

„Ich kann das Wort Gier schon bald nicht mehr hören“. Dieser Satz stammt von Hilmar Kopper. Falls er damit ausdrücken will, dass eine Erklärung der Finanzkrise durch individuelles Fehlverhalten selbst fehlerhaft und unzulässig sei, ist ihm zuzustimmen. Denn die moralische Empörung einer Bevölkerung, die durch Schimpfkanonaden der Politiker aufgewühlt ist, oder das Anprangern einzelner Akteure sind ebenso fehlgeleitete Reaktionen wie die Fixierung der öffentlichen Debatte auf die Bonuszahlungen jener Finanzmanager, die ihre Institute vor die Wand gefahren haben. Den Gipfel an Individualisierung wirtschaftlicher Umbrüche leistet sich das Magazin „Der Spiegel“, das die Entscheidung der US-Regierung, Lehman Brothers fallen zu lassen, als einen Zweikampf zwischen Henry Paulson, dem früheren Chef von Goldman Sachs, und Richard Fuld, dem Chairman von Lehman Brothers stilisiert.

Finanzexperten lenken den Blick zu Recht auf die fehlerhafte Einschätzung jener Risiken, die mit den innovativen Finanzdienstleistungen, den Schattenbanken, den bankfreien Zonen und der unermesslichen Vernetzung der Akteure in der monetären Sphäre exponentiell gestiegen waren. Da werden die Hauseigentümer genannt, die ihre langfristige Zahlungsfähigkeit falsch kalkuliert, oder die Händler, die ihnen allzu leichtfertig Hypothekenkredite angedient hätten. Ressortchefs von Geschäftsbanken hätten es an der Aufsicht und Begleitung ihrer Angestellten fehlen lassen. Der Handel mit Derivaten, das Verbriefen von Krediten und deren Strukturierung außerhalb der Bankenaufsicht, die Gründung von Zweckgesellschaften im Schatten der Bankbilanzen, das Versichern von Ausfallrisiken und deren Verbriefung sowie das Einleiten angeblich innovativer, tatsächlich jedoch unüberschaubarer und unkontrollierbarer Finanzdienste in globale Finanzströme seien in diesem Ausmaß leichtgläubig, naiv und unverantwortlich gewesen. Allerdings hätte auch die öffentliche Aufsicht solche Praktiken weithin geduldet und zu nachsichtig beurteilt.

3. Systemfehler

Die Fehlersuche der Finanzexperten greift zwar über den meist üblichen Mikroblick hinaus, bleibt jedoch innerhalb der Grenzen des etablierten und bejahten Finanzsektors. Die Suche nach den strukturellen Defiziten des kapitalistischen Finanzregimes sollte dagegen im Vordergrund stehen.

Ich nenne erstens die „monetäre Revolution“. Eine bedeutsame Facette ist die elastische Geldversorgung, neben dem schrankenlosen Griff in die „Sparbüchse der Erde“ ein unabdingbares Kennzeichen kapitalistischer Dynamik. Die natürlichen Grenzen einer Waren- bzw. Metallwährung sind längst überwunden. Zusätzlich verfügt das Bankensystem über eine (fast) unbegrenzte Geld- und Kreditschöpfungsmacht, die dem Wachstum des realen Produktionspotentials keine Schranken setzt. Und schließlich hat das Geld bei wohlhabenden Bevölkerungsgruppen in wirtschaftlich reichen Gesellschaften nicht mehr bloß die Tauschmittelfunktion, sondern nimmt zunehmend die Vermögensfunktion an. Als

Wertspeicher und Medium der Wertsteigerung konkurriert es mit realen Anlagen, Immobilien, langfristigen Gebrauchsgegenständen und mit Wertpapieren.

Zweitens weichen die Steuerungsformen für Gütermärkte und Vermögenmärkte voneinander ab. Die Steuerung der Gütermärkte, wie sie sich in Preisverhältnissen verkörpert, ist durch reale Produktionsfaktoren und reale Kaufkraft bestimmt und begrenzt. Die Steuerung der Vermögenmärkte und insbesondere derjenigen von Geldvermögen wird auf der Nachfrageseite durch subjektive, in die Zukunft gerichtete Erwartungen bestimmt, die indessen durch keinerlei reale Schranken ausgebremst werden. Auf der Angebotsseite fehlt dem Kreditschöpfungspotential des Bankensystems, zumal die Beschränkungen der Zentralbank unterlaufen werden, ebenfalls eine realwirtschaftlich indizierte Barriere. Die Folgen sind in den vergangenen Jahren offenkundig geworden: Das Zusammenspiel einer expansiven Kreditgewährung der Banken und der explosiven Erwartungen der Eigentümer von Geldvermögen auf deren Wertsteigerungen haben sich wechselseitig hochgeschaukelt. So konnten die Erwartungen auf fiktive, kreditfinanzierte Vermögenszuwächse zu einer Spirale auswuchern, die sich spekulativ verstärkte und vom realen Wirtschaftsgeschehen ablöste.

Drittens hat die Rivalität zweier Finanzstile, nämlich des kontinental-europäischen und des angloamerikanischen, mehr jedoch die hegemoniale Dynamik des US-amerikanischen Finanzstils die Krise mit verursacht. Michel Albert hat den „Rheinischen Kapitalismus“ bankendominiert genannt: Private Geschäftsbanken kontrollieren Industrieunternehmen mit Hilfe von Kreditgewährung, Beteiligungen und persönlichen Beziehungen. Die Unternehmen werden durch ein verständigungsorientiertes Zusammenspiel der im Unternehmen engagierten Gruppen geleitet. Die Manager sorgen sich um den Ausgleich der Interessen von Belegschaft, Kunden, Aktionären, Banken und Kommunen. Solidarische, umlagefinanzierte Systeme bieten sichern gegen gesellschaftlichen Risiken des Alters, der Armut und der Arbeitslosigkeit ab. Der angloamerikanische Finanzkapitalismus dagegen ist kapitalmarktgetrieben. Märkte für Wertpapiere und Derivate sind dominant, auf denen kollektive Akteure (Großbanken, Versicherungskonzerne, Investmentgesellschaften und Finanzinvestoren) operieren. Die Unternehmen sind eine Kapitalanlage in den Händen der Anteilseigner. Ihr Wert wird mit Hilfe einer reinen Finanzkennziffer: des „shareholder value“, des Saldos zukünftiger, auf die Gegenwart diskontierter Finanzströme bestimmt. Die Manager bedienen ausschließlich die Interessen der Aktionäre, folglich richten sie ihre Entscheidungen (und ihre Vergütung) am Börsenkurs aus, der den Unternehmenswert angeblich authentisch spiegelt. Die Interessen der Belegschaft, der Kunden, der kommunalen bzw. staatlichen Organe gelten als nachrangig. Gegen die gesellschaftlichen Risiken sichert man sich privat und kapitalgedeckt ab.

4. Der Staat: Bestandteil der Krise

Der Staat ist weder der Retter aus der Krise noch deren Lösung. Die soziale Krise und die Finanzkrise sind nämlich zwei Seiten einer verfehlten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der staatlichen Organe.

Die rot-grüne Koalition hat die soziale Entsicherung und die Entregelung der Arbeitsverhältnisse absichtlich betrieben. Sie hat die Renten-, Kranken- und Arbeitslosen-

versicherung systemsprengend deformiert. Eine Sicherung, die einen durch die Erwerbsarbeit erworbenen Lebensstandard gewährleisten sollte, wurde auf das Niveau eines sozio-kulturellen Existenzminimums abgeschmolzen. Gleichzeitig wurde die private kapitalgedeckte Vorsorge propagiert. Gesellschaftliche Risiken wurden tendenziell individualisiert, solidarische Sicherungen privatisiert und Grundrechte auf Arbeit, Einkommen, gesellschaftliche Beteiligung und einen angemessenen Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsgütern kommerzialisiert.

Seit dem Lambsdorff-Tietmeyer Papier von 1982 haben bürgerliche Eliten flexible Tarifverträge, einen gelockerten Kündigungsschutz und die Einrichtung eines Niedriglohnsektors gefordert. Diesen Forderungen hat die rot-grüne Koalition nachgegeben – durch verschiedene Gesetze zur Beschäftigungsförderung, Leiharbeit, Zeitarbeit, Befristung und zu einem ausgedünnten Kündigungsschutz. Das Resultat hat der 3. Armuts- und Reichtumsbericht von 2008 dokumentiert: ein steigendes Armutsrisiko, die dramatische Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und einer Armut trotz vollzeitiger Erwerbstätigkeit. Und die Schere der Verteilung von Gewinn- und Lohneinkommen sowie der Vermögen hat sich durch eine asymmetrisch angelegte Steuerpolitik zusätzlich geöffnet.

Mehr oder weniger parallel zur Entregelung der Arbeitsverhältnisse fand die Entregelung der monetären Sphäre statt. In der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Koalition wurden die Beschränkungen des Börsenhandels gelockert, der Derivatehandel und die Zweckgesellschaften zugelassen sowie die Gewinne der Banken aus dem Verkauf der Industriebeteiligungen für steuerfrei erklärt. Hedgefonds wurden als Dachfonds zugelassen und die Verbriefung von Krediten steuerlich begünstigt. Diese Lockerungen wurden zwar mit Richtlinien der EU und dem Anlegerschutz gerechtfertigt, wurzeln aber ebenso in dem Interesse, den Finanzplatz Deutschland wettbewerbsfähig zu machen. Die große Koalition war dann bemüht, innovative Finanzdienste und Vertriebswege zu fördern sowie Kapitalbeteiligungsgesellschaften steuerlich privilegiert zu behandeln.

Die deutsche Regierung hat auf den Notschrei der Finanzeliten schnell und bereitwillig reagiert. Vielleicht fühlte sie sich dem Sog der irischen, englischen und französischen Regierung ohnmächtig ausgeliefert. Oder sie folgte dem Druck einer dramatisierten Lagebeschreibung der Mega-Banken und der öffentlichen Finanzaufsicht. Die Art, wie sie reagierte, entsprach der aufgeregten Inszenierung des Börsenpublikums, nämlich isoliert, kurzatmig, übertrieben und spektakulär zu handeln. Kaum jemand widersprach dem Finanzminister, der zuerst die Unfallstelle räumen wollte, bevor er diejenigen zur Rede stellen würde, die den Schaden verursacht hätten. Und der sich verpflichtet sah, das Feuer unverzüglich zu löschen, auch wenn es sich um Brandstiftung handelte.

Aber die Regenschirme, die über einer Unfallstelle aufgespannt wurden, die im Nebel liegt, waren nicht alternativlos. Politische Eliten haben sich angewöhnt, mit dieser Floskel ihren notorischen Bankrott zu übertünchen. Statt einer flächendeckenden Rettung hätten zuerst die Brandherde präzise ausgeleuchtet und differenziert ausgelöscht werden sollen. Vielleicht gehörten zu den „Falschmünzern“ vor allem private Investmentbanken oder Landesbanken oder bereits angeschlagene Institute, die von den Konzernmüttern schon ausgegliedert und aufgegeben waren. Dass die Regierung die Brandstifter ans Lenkrad des Löschzugs setzte, derart privilegiert am Schnüren des staatlichen Rettungspakets beteiligte und sie sowie den ministeriellen

Lenkungsausschuss gegen den Einspruch des Parlament abschirmte, ist mit den Grundnormen einer demokratischen Öffentlichkeit nicht vereinbar, die ein solches politisches Bankgeheimnis ächtet. Dass die Bürgerinnen und Bürger der Kollaboration ihrer Regierung mit den Finanzeliten misstrauen, scheint begründet zu sein. Denn die häufig zitierte Formel: „Zu groß, um zu fallen“ hätte eine Zerschlagung der Megabanken und Versicherungskonzerne erwarten lassen, nicht jedoch das Schmieden von Fusionen und Übernahmen mit öffentlichen Mitteln zu noch größeren Finanzgiganten. Wieso sieht sich der Staat verpflichtet, der privaten Allianz Versicherung die mit faulen Krediten beladene Dresdner Bank auf dem Umweg über die Commerzbank abzunehmen? Ohne staatliche Hilfe hätte diese sich vollends überhoben. Wie lässt sich rechtfertigen, dass der Bund als Großaktionär den Verkauf der Postbank an die Deutsche Bank einleitet, um ihr ein Privatkundennetz anzudienen, obwohl ihr Sprecher behauptet, auf staatliche Hilfen nicht angewiesen zu sein. Ist es vorstellbar, dass die Regierung von der prekären Lage der Hypo Real Estate so überrascht wurde, wie sie es darstellt, nachdem dieses Institut fünf Jahre vorher von der Muttergesellschaft, der Hypo Vereinsbank ausgelagert worden ist - vermutlich als faule Bank? Sollte es reiner Zufall sein, dass exakt zu dem Zeitpunkt, da die Gewährleistungspflicht der privaten Muttergesellschaft auslief, nach dem Rettungswagen des Staates gerufen wurde? Das rasche Zusammenspiel der Finanzeliten und der Regierung hat eine delikate Vorrunde. Wie das Handelsblatt damals berichtete, fand im Februar 2003 ein Gespräch im Kanzleramt statt, an dem die Spitzenvertreter deutscher Banken und Versicherungen, der Kanzler sowie der Wirtschafts- und der Finanzminister teilnahmen. Dabei schlug der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Josef Ackermann die Gründung einer Auffanggesellschaft vor, die als eine so genannte „Bad Bank“ die Kredite Not leidender Banken bündeln, als Wertpapiere verpacken und wieder verkaufen sollte. Zur Entlastung sollte der Staat für die Risiken einstehen und eine Garantie abgeben. Wer will behaupten, dass viele alternative Lösungswege auch praktikabel sind. Aber immerhin hätten sie erwähnt und erwogen werden sollen, dass die Regierung also nicht die Banken, sondern die Bürger und Bürgerinnen schützt, die Einlagen derjenigen garantiert, die nie die Chance haben werden, allein von den Erträgen ihrer Vermögen zu leben, während sie den Geldverlust wohlhabender und exklusiv reicher Haushalte zulässt und deren Einkommen und Vermögen wieder progressiv besteuert. Der Staat hätte auch erst auf die Liquiditätshilfen der Notenbanken setzen und die Mächtigen unter den Finanzunternehmen bedrängen sollen, selbst Vorleistungen wechselseitigen Vertrauens zu erbringen und subsidiär einen solidarischen Beistand zu organisieren. Offenbar jedoch hat der Finanzminister mit der Parole: "Wenn der Himmel einstürzt, sind alle Spatzen tot," die seltsame und interessengeleitete Dramaturgie der Finanzeliten übernommen.

5. Szenario für die Zeit danach

Die staatlichen Entscheidungsträger sollten erstens daran gehindert werden, öffentliche Finanzmittel, die ihnen nicht gehören, zu mobilisieren und in den Rachen jener Finanzunternehmen zu werfen, die sie mit dem Zauberwort „systemischer Relevanz“ etikettieren. Staatliche Aufputzmittel an private Banken zu verteilen, damit diese solche Kreditgeschäfte wieder aufnehmen, die vorwiegend der Geldvermögensbildung exklusiv reicher Eliten dienen, erfolgreiche Unternehmen dem Profidiktat von Finanzinvestoren unterwerfen und gleichzeitig die Absenkung des Lohnniveaus, die Kürzung von Sozialleistungen und die Auszehrung öffentlicher

Haushalte erzwingen, sind nicht gerechtfertigt. Zum Glück bildet sich gegen eine solche Wiederbelebung des Finanzkapitalismus eine zivilgesellschaftliche transnationale Bewegung.

Zweitens: Breite Bevölkerungsschichten leben unter ihren Verhältnissen. Elementare materielle Bedürfnisse sind weltweit, vitale Bedürfnisse in wohlhabenden Ländern nicht befriedigt. Öffentliche Güter, die grundrechtliche Ansprüche von Bürgerinnen und Bürgern einlösen, sind unzureichend verfügbar. Der Finanzkapitalismus nützt vorrangig der vermögenden Klasse einer privaten Minderheit. Deshalb sollten die Steigerung der wirtschaftlichen Wertschöpfung und die Bereitstellung von Erwerbsarbeitsplätzen das vorrangige Ziel staatlicher Politik werden. Um eine faire Verteilung dieser Wertschöpfung zu erzielen, sollten die Tarifautonomie und die solidarische, umlagefinanzierte Sicherung gefestigt werden. In reifen Volkswirtschaften sollten die Export- und Industrielastigkeit abgebaut, ein ehrgeiziger ökologischer Umbau sowie die (öffentliche) Arbeit an den Menschen erheblich ausgeweitet werden. Auch die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, ein Spiegel der unfairen Verteilung der globalen Wertschöpfung sollten beseitigt werden. Denn die übermäßige Verschuldung in den USA hat strukturelle Leistungsbilanzdefizite zur Folge, und der übermäßige Verbrauch fossiler Energien in den wohlhabenden Ländern löst Einkommensströme in die ölexportierenden Länder aus, die statt in reale Investitionen zu münden, die monetäre Zirkulation aufblähen.

Eine faire Verteilung der wirtschaftlichen Wertschöpfung auf diejenigen Akteure, die sie gemeinsam erarbeitet haben, ist drittens ohne Chance, solange die Schieflage wirtschaftlicher Machtverhältnisse im kapitalistischen Unternehmen unangetastet bleibt. Da die Eigentümer der Produktionsmittel diese nicht rentabel verwerten können, es sei denn sie bedienen sich eines fremden Arbeitsvermögens, haben die im Unternehmen Arbeitenden ein Recht darauf, die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten mitzubestimmen. Deshalb sollte die elementare Entscheidungskompetenz fair in die Hände der Belegschaften, Anteilseigner und kommunalen bzw. gesellschaftlichen Instanzen gelegt werden. Eine demokratische Kontrolle der Unternehmen in einer demokratisch-egalitären Gesellschaft ist die Alternative zur Kontrolle der Unternehmen durch Shareholder value und Finanzinvestoren. Wirtschaftsdemokratie jenseits des Finanzkapitalismus ist der Name für einen globalen Neustart zum Wohl jedes Menschen und aller Menschen. Für einen solchen Neustart gibt es gewichtige Gründe und respektable Vorbilder. 1947 hat die CDU der britischen Zone nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und inmitten gesellschaftlicher Turbulenzen das Ahlener Programm formuliert. In dessen Präambel heißt es: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Inhalt und Ziel der sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen des Volkes sein“. Nach der friedlichen Revolution, dem Fall der Berliner Mauer und der deutschen Vereinigung hat Papst Johannes Paul II. 1991 gefragt: „Ist der Kapitalismus das einzige siegreiche Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das die Anstrengungen der Transformationsländer verdient und den Entwicklungsländern empfohlen werden kann?“ Seine Antwort lautet: „Eine menschliche Alternative besteht darin: den Markt durch gesellschaftliche Kräfte und staatliche Organe sowie die Unternehmen als Orte freier Arbeit und Beteiligung zu ordnen“. - „Die westlichen Länder laufen Gefahr, in dem Scheitern des Sozialismus den einseitigen Sieg ihres Wirtschaftssystems zu

sehen und sich nicht darum zu kümmern, an diesem System die gebotenen Korrekturen vorzunehmen“.

Die Finanzmärkte sollten viertens deglobalisiert werden. Deshalb ist die Hegemonie der US-Dollarwährung in ein multilaterales Währungsregime zu überführen. National knüpft eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung an die Existenz von Mikrobanken an, die landwirtschaftliche Betriebe, gewerbliche Industrien und Dienstleistungsfirmen miteinander vernetzen - finanziell und kooperativ. Der Aufbau einer nationalen Finanzwirtschaft sowie eines funktionsfähigen Bankensystems unter Einschluss einer Zentralbank wird dann „gekrönt“ durch die grenzüberschreitende Öffnung eines solchen Finanzsystems.

Der Finanzgipfel der 20 Nationen sollte fünftens die Finanzmärkte stärker regulieren, damit die Geldversorgung, die Stabilität der monetären Sphäre und die Funktion der Finanzunternehmen wieder ein quasi-öffentliches Gut werden, und damit die internationale Finanzwirtschaft dem Ziel dient, das Wohl und die Lebensqualität der Weltbevölkerung, vor allem der Armen in der Welt, zu mehren. In einer globalen Finanzarchitektur sollten folglich alle Finanzdienste, alle Finanzunternehmen und alle Orte, an denen Finanzdienste angeboten und nachgefragt werden, einer öffentlichen Aufsicht und Kontrolle unterworfen sein. Das Kreditschöpfungspotential der Banken ist an strenge Auflagen zu binden. Um spekulative Währungsattacken zu vermeiden, sollten die Wechselkurse der Ankerwährungen stabilisiert und kurzfristige Finanzströme ähnlich den Güterbewegungen besteuert werden.

Die Krise sei eine Chance, heißt es. Aber diese Chance kann nicht darin bestehen, den Finanzkapitalismus wieder herzustellen. Wirtschaftliche Demokratie ist wohl der angemessene Name für einen Neustart.